

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises

- 38 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft“ des Landkreises Osnabrück 219
- 39 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Grundwasserentnahme von 80.000 m³ in Bad Essen, Lintorf) 219
- 40 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit 220
- 41 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Landkreis Osnabrück, Fachdienst 9 – Straßen) 220

B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände

- 132 Haushaltssatzung der **Samtgemeinde Fürstenau** für das Haushaltsjahr 2020 221
- 133 Haushaltssatzung der **Gemeinde Bad Essen** für das Haushaltsjahr 2020 222

- 134 Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 „Artlandstraße - West“ der **Stadt Quakenbrück** im vereinfachten Verfahren gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung 223
- 135 Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 26 "Dinklager Hagen - Erweiterung" der **Stadt Quakenbrück** im beschleunigten Verfahren gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung 224
- 136 Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 24 A "Bahflächen Süd, Teil I" der **Stadt Quakenbrück** gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung 224
- 137 Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 25 "Hartlage - Ost" der **Stadt Quakenbrück** gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung 225
- 138 Haushaltssatzung der **Gemeinde Bad Rothenfelde** für das Haushaltsjahr 2020 226
- 139 Bekanntmachung der **Stadt Georgsmarienhütte** über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 102 „Harderberg Süd“ – 8. Änderung 227

A. Bekanntmachungen des Landkreises

38

Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft“ des Landkreises Osnabrück

Der Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2018 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüft und mit Datum 08.11.2019 mit dem nachstehenden Bestätigungsvermerk versehen:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Der Eigenbetrieb wird wirtschaftlich geführt. Die Handlungsfähigkeit bei Anordnung und Ausführung von Kassengeschäften ist aufgrund fehlenden Personals nicht jederzeit sichergestellt.“

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 09.03.2020 folgende Beschlüsse gefasst:

- Die Bilanz des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft zum 31. Dezember 2018 wird gleichlautend in Aktiva und Passiva mit 11.547.297,85 € festgestellt.
- Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt mit einem Fehlbetrag von 998.712,67 € ab.
- Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (EBA) weist im Wirtschaftsjahr 2018 einen Fehlbetrag von 998.712,67 € aus. Das Defizit konnte durch die Gebührenausschüttung nur zum Teil aufgefangen werden und muss, sofern es in dieser Gebührenperiode nicht mehr ausgeglichen wird, in die nächste Gebührenausschüttung einfließen.
- Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft,

Herrn Christian Niehaves, wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 liegen in der Zeit vom 02.06. bis 10.06.2020 in den Räumen der AWIGO GmbH, Niedersachsenstr. 19, 49124 Georgsmarienhütte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Georgsmarienhütte, 07.05.2020

Landkreis Osnabrück
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft
Christian Niehaves
Betriebsleiter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

39

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Grundwasserentnahme von 80.000 m³ in Bad Essen, Lintorf)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Es ist eine Grundwasserentnahme von 80.000 m³ / a für den Brunnen Lintorf beantragt worden. Es handelt sich hierbei um die Fortführung einer Grundwasserentnahme.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Der Brunnen Lintorf liegt im Landschaftsschutzgebiet „Wiehengebirge und Nördliches Osnabrücker Hügelland“. Da jedoch bereits das aktuelle Wasserrecht keine Auswirkungen auf das LSG zur Folge hat und nunmehr keine Änderung beantragt wird, sind keine erheblichen negativen Auswirkungen auf das LSG und die Schutzziele dieses Gebietes zu erwarten. In ca. 500 m Entfernung zum Brunnen befindet sich das gesetzlich geschützte Biotop Quellbachsystem „Rabensiek“. Erhebliche Auswirkungen werden jedoch nicht gesehen, da die Quelle nicht im Einzugsgebiet des Brunnens liegt und somit nicht negativ beeinträchtigt wird.

Weitere besonders geschützte Gebiete sind nicht vom Vorhaben betroffen.

Erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter sind insgesamt daher nicht zu erwarten.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 07.05.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

40

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen:	11-ibu-01468-20		
Antragsteller:	Herrn Christoph Rolfes		
Baugrundstück:	Bad Iburg, Scheventorf 77		
Gemarkung:	Ostenfelde		
Flur:	14	14	14
Flurstück(e):	39	40	41/1

Änderungsanzeige gem. § 15 BImSchG
Errichtung einer Maschinenhalle (Haupt-Az.: 1282-13)

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23

BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind und Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG.

Für Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG kann eine potentielle Betroffenheit ebenfalls ausgeschlossen werden. Das Vorhaben befindet sich zwar im Bereich des Überschwemmungsgebietes „Bever – Glaner Bach“, allerdings wird der Retentionsraum durch das Vorhaben nicht verändert, sodass keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Auch für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind kann eine potentielle Betroffenheit ausgeschlossen werden. Die sich in einer Entfernung von ca. 500 m befindende, denkmalgeschützte Burg Scheventorf wird durch das Vorhaben nicht in ihrer Denkmaleigenschaft beeinträchtigt, da keine Sichtbeziehungen bestehen.

Es liegt somit insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, 08.05.2020

Landkreis Osnabrück
Der Landrat
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

41

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Landkreis Osnabrück, Fachdienst 9 – Straßen)

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen einer Plangenehmigung (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. § 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom 18. Dezember 2019 (Nds. GVBl. 2019, 437) i.V.m. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 geprüft:

Aktenzeichen:	542-1011 K 147.03
Antragsteller:	Landkreis Osnabrück Fachdienst Straßen
Baugrundstück:	Stadt Bramsche
Gemarkung:	Sögel

K 147 – Neubau eines Radweges an der K 147

Abs. 30 Station 1,400 bis Station 1,726

Abs. 40 Station 0 bis 0,225

Abs. 50 von 0 bis 0,690

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Umweltauswirkungen sind denkbar in den Bereichen Boden- und Wassernutzung, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt. In Bezug auf den Standort des Vorhabens ist eine potentielle Betroffenheit bei den Qualitätskriterien in den Bereichen Wasser zu besorgen.

Im Übrigen sind keine Umweltauswirkungen erkennbar.

Es sind keine Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu befürchten. Einschränkungen für das Grundwasser sind nicht zu befürchten, da die Gefahr des Eintrages von wassergefährdenden Stoffen in das Grundwasser sehr gering ist. Es fallen keine betriebs- oder anlagebedingten Abfälle an.

Durch das Bauvorhaben mit einer Länge von ca. 3,1 km wird eine Fläche von ca. 0,5 ha neu versiegelt. Die Radwegführung orientiert sich an dem vorhandenen Fahrbahnverlauf, so dass sich die Flächenversiegelung auf das notwendige Mindestmaß beschränkt. Da eine eigenständige Trassierung des Radweges nicht vorgesehen ist, wird die Flächenversiegelung so gering wie möglich gehalten. Mögliche Umweltauswirkungen aufgrund der Flächenversiegelung sind nicht denkbar.

Der geplante Radweg verläuft auf kurzer Strecke unweit zweier Altarme der Hohen Hase. Es erfolgt jedoch weder eine direkte Flächeninanspruchnahme, noch ist eine Entwässerung in sensiblen Bereichen geplant. Eine besondere Empfindlichkeit von gesetzlich geschützten Gebieten liegt daher nicht vor. Weitere besonders geschützte Gebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Schutzgut Boden:

Durch die Oberflächengestaltung und Anpassung der Entwässerungseinrichtungen ist nur eine geringfügige Veränderung des natürlichen Bodenprofils zu erwarten. Der vorhandene Oberboden wird zum großen Teil wieder vor Ort verwendet. Insgesamt wird eine Fläche von ca. 0,5 ha versiegelt. Die Versiegelung wird auf ein Mindestmaß begrenzt und erfolgt fast ausschließlich in weniger wertvollen Bereichen unmittelbar angrenzend an die vorhandene Kreisstraße. Insgesamt sind daher keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu erwarten.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Es werden überwiegend Flächen in Anspruch genommen, die für das Schutzgut von durchschnittlicher Bedeutung sind. Die Versiegelung wird auf ein Mindestmaß begrenzt und erfolgt fast ausschließlich in weniger wertvollen Bereichen unmittelbar angrenzend an die vorhandene Kreisstraße. Die Gehölze, die einen potentiellen Lebensraum für Fledermäuse darstellen, bleiben erhalten. Insgesamt sind daher keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten.

Schutzgut Wasser:

Die Seitengräben werden hydraulisch ausreichend ausgebaut bzw. neu dimensioniert. Durch die Einhaltung des technischen Standards und den Einsatz von biologisch abbaubaren Hydraulikölen wird eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen. Insgesamt sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 11.05.2020

Landkreis Osnabrück

Fachdienst Straßen

Die Landrätin

i. A. Uçkan

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden

Samtgemeinden und der Zweckverbände

132

Haushaltssatzung der Samtgemeinde Fürstenau für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in seiner Sitzung am 26.03.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	17.179.000 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	17.251.700 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5	Jahresergebnis	-72.700 €

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.689.100 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	15.989.400 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.845.000 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	4.976.400 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	3.000.000 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	618.100 €
2.7	Finanzierungsmittelbestand	-49.800 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

- Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	21.534.100 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	21.583.900 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 3.680.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.700.000 € festgesetzt.

§ 5

Der Hebesatz der Samtgemeindeumlage für das Haushaltsjahr 2020 wird auf

49 v.H.

der Steuerkraftzahlen der Mitgliedsgemeinden festgesetzt.

§ 6

Über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 20.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 1.000.000 € festgelegt

Fürstenau, den 07.05.2020

Samtgemeinde Fürstenau
Trütken
Samtgemeindebürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach den §§ 119 Abs. 4 und 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie

der §§ 111 NKomVG i.V.m. 15 Abs. 6 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (N FAG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück - Kommunalaufsicht – am 07. Mai 2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom **02. Juni 2020 bis 10. Juni 2020** nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Fürstenau, Schloßplatz 1, Zimmer 33, 49584 Fürstenau, öffentlich aus.

Fürstenau, den 07. Mai 2020

Samtgemeinde Fürstenau
Der Samtgemeindebürgermeister
Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

133

Haushaltssatzung der Gemeinde Bad Essen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Bad Essen in seiner Sitzung am 26. März 2020 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	25.106.200 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	26.282.700 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	23.991.100 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	24.347.200 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionen auf	699.000 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionen auf	3.488.200 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	2.789.200 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	485.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

• der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	27.479.300 €
• der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	28.320.400 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf 2.789.200 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht ausgebracht.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 € festgelegt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) | 340 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 340 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer | 380 v.H. |

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Absatz 1 Satz 1 KomHKVO, bei deren Überschreiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten die für die Kommune wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden soll, wird mit 500.000 € festgelegt.

Bad Essen, den 27.03.2020

Gemeinde Bad Essen
Der Bürgermeister
Timo Natemeyer

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gem. § 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 30.04.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 02. bis 10. Juni 2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme bei der Gemeinde Bad Essen, Rathaus, Lindenstraße 41/43, 49152 Bad Essen, Zimmer 2.06, öffentlich aus. Die Einsichtnahme ist nach vorheriger Terminabsprache möglich.

Bad Essen, den 12.05.2020

Gemeinde Bad Essen

Der Bürgermeister
Timo Natemeyer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

134

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 „Artlandstraße - West“ der Stadt Quakenbrück im vereinfachten Verfahren gemäß Baugesetzbuch in der zurzeit geltenden Fassung

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 11.05.2020 die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 „Artlandstraße - West“ nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Die Aufstellung dieser Bebauungsplanänderung erfolgte im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB).

Der Geltungsbereich der Änderung umfasst eine Flächengröße von 9.974 m² und wird begrenzt durch die Berliner Straße im Norden, durch die östliche Grenze des Grundstücks Berliner Straße 10 im Osten, der Wegeparzelle Gemarkung Quakenbrück, Flur 18, Flurstück 100/99 im Süden sowie der Tilsiter Straße im Westen.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 „Artlandstraße - West“ nebst Begründung im vereinfachten Verfahren gemäß § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich.

Jedermann kann die Bebauungsplanänderung und die Begründung während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs.2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Bebauungsplanänderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 12.05.2020

Stadt Quakenbrück
Der Stadtdirektor
i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes
Nr. 26 "Dinklager Hagen - Erweiterung" der Stadt
Quakenbrück im beschleunigten Verfahren gemäß
Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 11.05.2020 den Bebauungsplan Nr. 26 "Dinklager Hagen - Erweiterung" nebst Begründung als Satzung beschlossen. Die Aufstellung dieser Bebauungsplanänderung erfolgte im beschleunigten Verfahren gemäß der §§ 13b und 13a BauGB des Baugesetzbuches (BauGB).

Der Geltungsbereich hat eine Größe von 1,2 ha und umfasst die Flurstücke 21/2, 21/3, 37/4, 37/5, 37/6, 37/7, 185/4, 695, 696, 697, 698, 699 und 700 sowie eine Teilfläche des Flurstücks 288/3, Flur 9 der Gemarkung Quakenbrück und betrifft somit die Wohnbaugrundstücke Dinklager Hagen 50, 52, 54, 56, 58, 60 A und 60 B.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 26 „Dinklager Hagen - Erweiterung“ nebst Begründung im beschleunigten Verfahren gemäß § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich.

Jedermann kann die Bebauungsplanänderung und die Begründung während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs.2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Bebauungsplanänderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 12.05.2020

Stadt Quakenbrück
 Der Stadtdirektor
 i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes

Nr. 24 A "Bahnflächen Süd, Teil I"
der Stadt Quakenbrück gemäß Baugesetzbuch
in der zur Zeit geltenden Fassung

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 11.05.2020 den Bebauungsplan Nr. 24 A "Bahnflächen Süd, Teil I" nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt.

Der Geltungsbereich umfasst eine Flächengröße von 47.895 m² und wird wie folgt begrenzt:

Im Norden durch die südöstliche Grenze des Grundstücks Friedrichstraße 26, sowie durch eine gedachte Querlinie durch das Flurstück 13/206 (Flur 13, Gemarkung Quakenbrück) in östlicher gerader Verlängerung der nördlichen Grenze des Flurstücks 12/86 (Flur 13, Gemarkung Quakenbrück) bis zum Grundstück der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg, im Osten durch die westliche Grenze des Grundstücks der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg, im Süden durch eine gedachte Querlinie zwischen der Friedrichstraße bis zum Grundstück der Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg in gerader östlicher Verlängerung der Nordgrenze des Grundstücks Friedrichstraße 46 und im Westen durch die Friedrichstraße sowie dem Einmündungsbereich zur Artlandstraße.

Die genaue Lage ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 24 A "Bahnflächen Süd, Teil I" nebst Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) rechtsverbindlich.

Jedermann kann den Bebauungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt werden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, während der

Dienststunden im Verwaltungsgebäude Markt 2, Zimmer 203, 49610 Quakenbrück einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 12.05.2020

Stadt Quakenbrück
Der Stadtdirektor
i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

137

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes
Nr. 25 "Hartlage - Ost" der Stadt Quakenbrück
gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden
Fassung

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 11.05.2020 den Bebauungsplan Nr. 25 "Hartlage - Ost" nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die zwischen dem Hartlager Weg und den bestehenden Wohnbaugrundstücken nordwestlich der Bremer Straße (Hausnummern 30 bis 48 A) gelegenen Grundstücke.

Die genaue Lage ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 25 "Hartlage - Ost" nebst Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) rechtsverbindlich.

Jedermann kann den Bebauungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt werden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Markt 2, Zimmer 203, 49610 Quakenbrück einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 12.05.2020

138

Haushaltssatzung der Gemeinde Bad Rothenfelde für das Haushaltsjahr 2020

Auf Grund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 20.02.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	13.973.900 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	14.347.900 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	189.000 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.393.200 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.042.400 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	514.000 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.511.200 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	400.000 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	215.800 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	14.307.200 €
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	15.769.400 €

Der Wirtschaftsplan des **Abwasserbeseitigungsbetriebes** für das Haushaltsjahr 2020 wird

im Erfolgsplan mit	
Erträgen in Höhe von	1.675.497 €
Aufwendungen in Höhe von	1.675.497 €

im Vermögensplan mit	
Einnahmen in Höhe von	787.526 €
Ausgaben in Höhe von	787.526 €

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des **Wasserwerkes** für das Haushaltsjahr 2020 wird

im Erfolgsplan mit	
Erträgen in Höhe von	843.150 €
Aufwendungen in Höhe von	843.150 €

im Vermögensplan mit	
Einnahmen in Höhe von	169.792 €
Ausgaben in Höhe von	169.792 €

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des **Eigenbetriebes Bäderbetriebe** für das Haushaltsjahr 2020 wird

für den Bereich **Gesundheitstherme**

mit Erträgen in Höhe von	550.000 €
mit Aufwendungen in Höhe von	920.000 €

für den Bereich **Freibad**

mit Erträgen in Höhe von	91.900 €
mit Aufwendungen in Höhe von	259.400 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird im Kernhaushalt auf 400.000 € veranschlagt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen wird

beim Abwasserbeseitigungsbetrieb auf	400.000 €,
beim Wasserwerk auf	0 €
und beim Eigenbetrieb Bäderbetriebe auf	0 €

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 985.000 € festgesetzt.

In den Vermögensplänen des Abwasserbeseitigungsbetriebes, des Wasserwerkes und des Eigenbetriebes Bäderbetriebe werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite im Haushaltsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen,

wird auf	2.230.000 €,
beim Abwasserbeseitigungsbetrieb auf	220.000 €,
beim Wasserwerk auf	100.000 €,
und beim Eigenbetrieb Bäderbetriebe auf	90.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die Steuerhebesätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 360 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v. H.
2. Gewerbesteuer 380 v. H.

Bad Rothenfelde, 20.02.2020

Gemeinde Bad Rothenfelde
Rehkämper
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach §§ 120 Abs. 2, § 119 Abs. 4 und 130 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück – Kommunalaufsicht - am 28. April 2020 unter dem Aktenzeichen 11.3-2020/000120 Tsch erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 08. bis 16. Juni 2020 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Finanzabteilung (Ostflügel, EG, Raum 66), öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 13. Mai 2020

Gemeinde Bad Rothenfelde
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

139

Bekanntmachung der Stadt Georgsmarienhütte über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 102 „Harderberg Süd“ – 8. Änderung gem. Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am 30.04.2020 den Bebauungsplan Nr. 102 „Harderberg Süd“ als Satzung gem. § 10 BauGB sowie die Begründung beschlossen. Das Bauleitplanverfahren wurde gem. § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes kann dem nachstehenden Planausschnitt - unmaßstäbliche Verkleinerung der

Deutschen Grundkarte - entnommen werden; Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Osnabrück für die Stadt Georgsmarienhütte; der Geltungsbereich ist gerastert dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan gem. § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich und liegt einschließlich Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an im Rathaus der Stadt Georgsmarienhütte, Oeseder Straße 85, Zimmer 242/243, 49124 Georgsmarienhütte während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen.

Danach werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung des Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Georgsmarienhütte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des o. g. Bebauungsplanes Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf die Vorschrift des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche hingewiesen.

Georgsmarienhütte, 14.05.2020

Stadt Georgsmarienhütte
Die Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 10, 30. Mai 2020

